

Debattenforum

Wirtschaftspolitische Bilanz von Schwarz-Blau/ Orange 2000 – 2006

Editorial

Am 1. Oktober finden also nunmehr die Nationalratswahlen 2006 statt. Auch wenn nach heutigem Stand der Dinge eine erneute Regierungsbeteiligung der ÖVP nicht unwahrscheinlich ist, sind sechs Jahre Scharz-Blau/Orange ein hinlänglicher Grund, die Politik dieser Regierung einer kritischen Analyse zu unterziehen. Der Kurswechsel hat schon im Heft 2/2006 mit einer sozialpolitischen Bilanz begonnen. Im aktuellen Heft wollen wir eine wirtschaftspolitische Bilanz ziehen. Dabei erschien es uns weniger interessant, alle Teilbereiche der Wirtschaftspolitik im Detail zu betrachten. Das würde das Ausmaß des Debattenforums übersteigen. Auch steht zu erwarten, dass eine Vielzahl von Bilanzen in der Wirtschaftspresse und sonstigen -publizistik sich damit befassen werden. Vielmehr geht es im Folgenden darum, die strukturellen Änderungen im Politikstil der liberal-konservativen Regierung herauszuarbeiten, und daran anschließend beispielhaft die Folgen für ausgewählte Politikfelder aufzuzeigen. Den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet dabei die von Sieglinde Rosenberger in ihrem Beitrag beschriebene Beobachtung, dass der politische Diskurs durch die liberal-konservative Wende eine maßgebliche Wandlung erfahren hat. Statt traditioneller Interessenpolitik entlang der Dimensionen Klasse-Schicht-Geschlecht tritt die Konstruktion neuer kulturell und ethnisch-nationalistisch geprägter Identitäten. Mit dieser Identitätspolitik werden einerseits neue Kollektive gebildet, andererseits durch die Wirtschaftspolitik verursachte soziale Probleme, insb. Verteilungsprobleme, neu, nämlich ethnisch-nationalistisch umgedeutet. Klar zum Ausdruck kommt dies im Diskurs vom Wirtschaftsstandort Österreich, zu dessen Beförderung »wir alle« angesichts von Globalisierung und Standortwettbewerb unseren Beitrag leisten müssten. Bedeutet dies real für die Unternehmen Steuererleichterungen und verschiedenste Formen der Wirtschaftsförderung, heißt es für die ArbeitnehmerInnen niedrige Lohnabschlüsse, Arbeitsflexibilisierung und neue Formen prekärer Arbeitsverhältnisse. Die Akzentuierung dieser Politik wird unter Hinweis auf die alternative Notwendigkeit der Stärkung des Wirtschaftsstandorts im globalen Wettbewerb legitimiert. Die daraus resultierenden Verteilungsprobleme werden entweder als notwendig, weil leistungsfördernd, verteidigt, oder als Folge der Ausnutzung eines überbordenden Sozialstaats durch Leistungsfeindliche, AusländerInnen oder Sozialschmarotzer gebrandmarkt. Die Aufwertung dieses neuen selektiven »Wir«, sei es auf makropolitischen Ebene als nationales Kollektiv des Wirtschaftsstandorts, sei es auf der mikropolitischen Ebene des Betriebs, entwertet zum einen tendenziell die institutionalisierte Form der konsensorientierten Interessenvermittlung in Österreich in Gestalt der Sozialpartnerschaft mit ihrem Gewicht auf stark zentralisierte Verbände.

Zum anderen versucht sie diese selektiv für einen forcierten Wettbewerbskorporatismus zu instrumentalisieren. Susanne Pernicka diskutiert in ihrem Beitrag diese Krise des österreichischen Korporatismus.

Ein zweites zentrales Moment der liberal-konservativen Regierung liegt in der Verabsolutierung der schon in der EU-Makropolitik angelegten fiskalpolitischen Austerität. Die durch Nulldefizit und nationalen Stabilitätspakt institutionell verfestigte Politik der leeren Kassen induziert nicht nur alle möglichen Formen von Ausgliederungen, Public-Private-Partnerships, Börsengänge und damit Teil- oder Vollprivatisierungen staatlicher Unternehmen. Sie wird zum generellen Maßstab jeglicher Maßnahmen und Aktivitäten in allen Politikfeldern. Am Beispiel der Verkehrspolitik zeigt dies Claus Faber in seinem Beitrag. Ähnlich erging es der Umweltpolitik. Entweder fielen fortschrittliche umweltpolitische Maßnahmen dem Spardiktat zum Opfer, oder sie wurden unter dem Vorwand standortpolitisch nicht akzeptabler Kostenbelastungen für die Unternehmen abgeschliffen oder verhindert. Bernhard Obermayr zieht dazu eine kurze Bilanz. Es mag überraschen, dass Verkehrs- und Umweltpolitik hier als Fallbeispiele der schwarz-blau/orangen Wirtschaftspolitik gewählt wurden. Doch zeigt sich die fortschreitende Ökonomisierung der Politik eben gerade darin, dass alle Politikfelder spezifischen wirtschaftlichen Sachzwängen unterworfen werden.

Ungeachtet der durch die liberal-konservative Wenderegierung herbeigeführten Brüche kommen in den Beiträgen auch die Kontinuitäten zur österreichischen Politik der 1990er Jahre zum Ausdruck. Insofern, und nicht nur aufgrund der Erfahrungen mit der rot-grünen Regierung in Deutschland, wird klar, dass nach der allfälligen Wende von der Wende nur begrenzte Handlungsspielräume für fortschrittliche Politik vorhanden sein dürften. Sollte die Politik der liberal-konservativen Schlüssel-Regierung fortgesetzt werden, ist allerdings mit einer Verschärfung der ökonomischen und sozialen Probleme zu rechnen.

Werner Raza